



BERLININFO

NR. 8

13. Mai 2016



Mechthild Heil MdB

CDU/CSU-Bundestagsfraktion

www.mechthild-heil.de | www.facebook.com/MechthildHeil

Liebe Leserinnen und Leser,

Viele Verhaltensweisen von Flüchtlingen werden heute in der öffentlichen Diskussion mit der Religionszugehörigkeit begründet, das stimmt nicht für alle Bereiche.

Frau Prof. Dr. Christine Langenfeld, Vorsitzende des Sachverständigenrats deutscher Stiftungen für Integration und Migration, hat uns in der Gruppe der Frauen dazu eine Studie vorgestellt. Aus der hervorgeht, dass z.B. das Frauenbild weniger religiös geprägt wird, sondern viel mehr kulturell.

Egal ob Menschen gläubig oder nicht gläubig sind, die Rolle der Frau wird eher im Haus als außerhalb des Hauses gesehen.

Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel. (030) 227 77040
Fax (030) 227 76423

Ihre

M. Heil

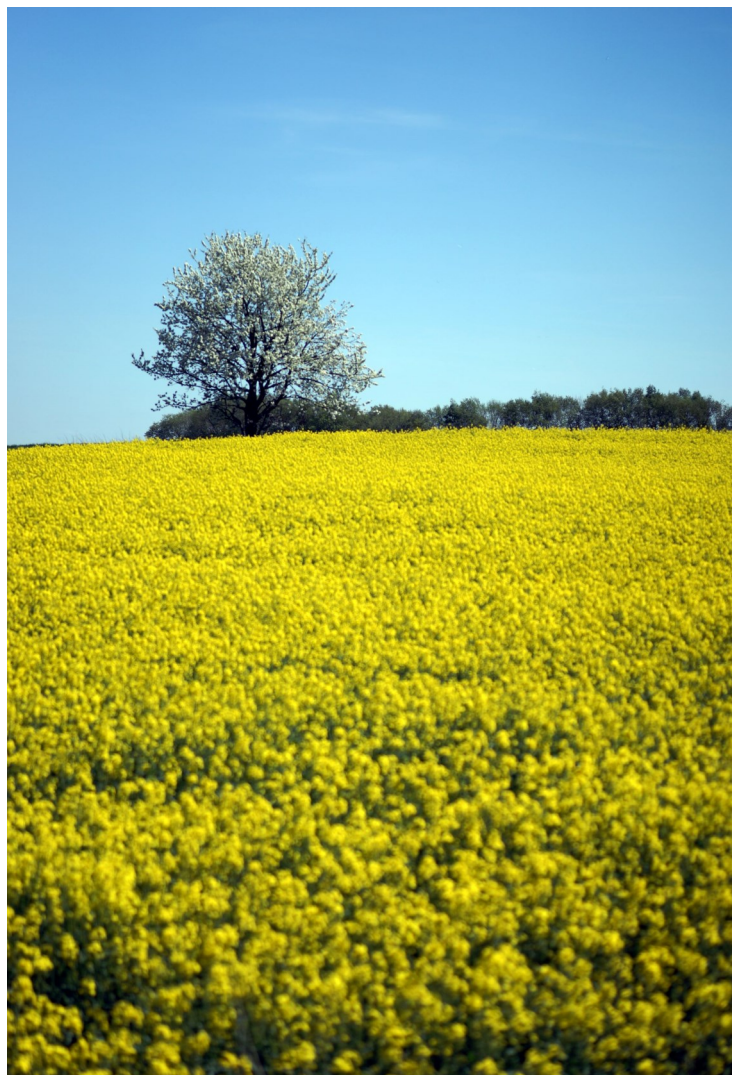
Mit der Landesgruppe zu Gast bei Bundeskanzlerin Angela Merkel



Am Dienstag war die CDU-Landesgruppe Rheinland-Pfalz im Deutschen Bundestag zu einem Gespräch bei unsere Bundeskanzlerin. Mit Angela Merkel haben wir über die zurückliegende Landtagswahl und die anstehende Bundestagswahl gesprochen.

Rapsfelder auf der Grafschaft

Wer momentan mit dem Auto oder dem Zug unterwegs ist wird kaum am Ziel ankommen ohne mindestens ein goldgelb blühendes Rapsfeld—wie auf diesem Foto auf der Grafschaft—gesehen zu haben. Die Rapsblüte im Mai gibt mir die Gelegenheit ein wenig über diese interessante Pflanze und ihren Anbau zu schreiben. Wer Raps ernten möchte muss frühzeitig beginnen, ausgesät wird nämlich bereits im August. Bis zum Winter sind die Wurzeln dann genug entwickelt, um die niedrigen Temperaturen überstehen und dabei den Boden vor Erosion durch Regen oder Schnee schützen. Gleichzeitig lockern die Wurzeln das Erdreich auf und wirken sich so positiv auf später gepflanzte Feldfrüchte aus. Nach dem Winter treibt die Pflanze kräftig aus und nach der eindrucksvollen Rapsblüte kann im Juli geerntet werden und das beliebteste Speiseöl der Deutschen produziert werden. Knapp 80 Millionen Liter gehen davon jedes Jahr über die Ladentheke. Im Handel gibt es Rapsöl in den verschiedensten Sorten, als kaltgepresste Spezialität mit leicht nussigem Aroma oder als raffiniertes Öl für jeden Tag. Auch die Deutsche Gesellschaft für Ernährung ist ein großer Fan und lobt die gute Fettsäurezusammensetzung mit einem hohen Anteil an ungesättigter alpha-Linolensäure und Ölsäure im Rapsöl. Mit diesem Wissen können wir uns noch ein bisschen mehr über den Anblick der strahlenden Felder freuen.



Wahlprogramm Verbraucherschutz gestartet

Am Mittwoch fand die konstituierende Sitzung der Fachkommission Verbraucherschutz statt, der ich vorsitze. Bis Anfang 2017 wollen wir ein Wahlprogramm erarbeiten. In mehreren Workshops wird sich die Gruppe in den nächsten Monaten dieser Aufgabe widmen. Ich freue mich auf die Zusammenarbeit in der Kommission und möchte meinen Schwerpunkt u.a. auf transparente und zuverlässige Informationen im stationären und digitalen Handel legen.



Mit Klugheit und Tatkraft den Sorgen der Bürger begegnen

In den kommenden Wochen und Monaten stehen viele wichtige innenpolitische Vorhaben an. Wir beraten im Plenum ein Gesetz zum schnelleren Ausbau des Internets in Deutschland und schließen das Gesetz über drei weitere sichere Herkunftsstaaten ab. In dieser Woche wird zudem der Koalitionsausschuss das Thema Werkverträge und Leiharbeit beraten. Schließlich gehen die Vorberatungen zum Erneuerbare-Energien-Gesetz, zur Integration und zu einem weiteren Anti-Terrorgesetz weiter, damit wir uns möglichst bald mit diesen wichtigen Themen im Bundestag befassen können.

Bei allen unseren Aktivitäten sollten wir uns von der Frage leiten lassen, was wir für das Wohl der Bürgerinnen und Bürger und für das Allgemeinwohl unseres Landes tun können. Das ist das beste Rezept gegen Vereinfacher und bloße Stimmungsmache. Das Thema innere Sicherheit brennt den Menschen unter den Nägeln, es reicht bis in den Alltag der Bürger hinein. Auch um unsere einheimischen Landwirte müssen wir uns intensiv kümmern und konkrete Maßnahmen angehen, denn die Situation auf vielen Bauernhöfen ist dramatisch.

Immens sind zudem die europäischen und außenpolitischen Herausforderungen dieser Tage. Wir müssen als starkes Land in der

Mitte Europas ein Anker der Stabilität bleiben, wie uns gerade der Blick auf die Verhältnisse in Österreich lehrt. Mit Klugheit, wohl überlegter Sprache und Tatkraft wird es uns als Union am besten gelingen, mit unserer Bundeskanzlerin an der Spitze weiterhin für Stabilität und Sicherheit in Deutschland zu sorgen.

Schnelles Internet in Deutschland voranbringen

Um das schnelle Internet zügiger auszubauen, beraten wir in dieser Woche das „Diginetzgesetz“ zur Reduzierung der Kosten, die beim Ausbau digitaler Netze entstehen.

Das Gesetz setzt auf drei Instrumente. Wir verbessern über eine zentrale Stelle bei der Bundesnetzagentur die Informationslage zu mitnutzbarer, schon bereitstehender öffentlicher Infrastruktur. Zweitens erleichtern wir den Netzbetreibern, etwa Abwasserleitungen, Fernwärmenetze oder Straßen und Schienen mitzunutzen. Auch an mitzuverlegende Leerrohre bei Infrastrukturmaßnahmen ist gedacht. Zusätzlich stellen wir klar, dass bei Erschließungsmaßnahmen in Neubaugebieten immer bereits Glasfaserkabel mitverlegt werden.

Die große Aufgabe der Modernisierung unserer Telekommunikationsnetze für die neueste Technologie wird durch dieses Gesetz deutlich erleichtert.

Regelung zu sicheren Herkunftsstaaten kommt

In dieser Woche senden wir ein klares Signal an die Menschen aus Marokko, Algerien und Tunesien, die nahezu ausschließlich aus ökonomischen Motiven nach Deutschland kommen: Es lohnt sich nicht, sich auf den Weg nach Deutschland zu machen. Die drei Länder werden als sichere Herkunftsstaaten eingestuft. Damit kann das Asylverfahren schneller durchgeführt werden und die Ausreise nach einem ablehnenden Bescheid zügiger erfolgen.

Im letzten Jahr wurden etwa 26.000 Asylbewerber aus diesen Ländern in Deutschland registriert. Einige kamen gezielt, um hier Straftaten zu begehen, die meisten wegen wirtschaftlicher oder sozialer Probleme in ihrer Heimat. Unser Asylrecht ist aber kein Einwanderungsrecht. Es ist auch nicht dafür da, wirtschaftliche und soziale Probleme in den Heimatländern aufzufangen. Die müssen vor Ort mit Unterstützung der Staatengemeinschaft gelöst werden. Wir müssen dafür sorgen, dass unsere Kapazitäten den tatsächlich Verfolgten zu Gute kommen, die ihre Heimat infolge von Krieg oder Verfolgung verlassen und um ihr Leben fürchten.

Die Erfahrung mit den Balkanstaaten zeigt, dass eine Einstufung als sicherer Herkunftsstaat unmittelbare Konsequenzen hat: Die Asylbewerberzahlen aus den Westbalkanstaaten sind seitdem drastisch zurückgegangen.

Daten und Fakten

Energiekosten drücken Verbraucherpreise. Die Verbraucherpreise im April 2016 sind nach vorläufigen Ergebnissen des Statistischen Bundesamts um 0,1 Prozent gegenüber dem Vorjahr gesunken. Hauptverantwortlich dafür sind die um 8,5 Prozent gefallenen Preise für Haushaltsenergie und Kraftstoffe, die ein Zehntel der Gewichtung ausmachen. Die Preise für Nahrungsmittel hingegen stiegen um 0,5 Prozent, Dienstleistungen waren im Schnitt 0,8 Prozent teurer. Auch die Nettokaltmiete erhöhte sich im Vorjahresvergleich um 1 Prozent.

(Quelle: Statistisches Bundesamt)